

Artikel vom 28.03.2024**Bürgergeld muss dringend reformiert werden!**

Fachkräftesicherung durch mehr Arbeitsanreize



Arbeitsministerin Ulrike Scharf

Scharf: „Fachkräftesicherung durch mehr Arbeitsanreize – Bürgergeld muss dringend reformiert werden!“

Bayerns Arbeitsmarkt im März 2024

Saisonüblich hat die Zahl der Arbeitslosen in Bayern im März 2024 aufgrund der einsetzenden Frühjahrsbelebung gegenüber dem Vormonat um rund 12.400 Personen bzw. 4,2 Prozent deutlich abgenommen. Wegen der schwachen Konjunktur fällt der Rückgang allerdings etwas geringer aus als in den letzten Jahren. Insgesamt waren in Bayern 281.753 Menschen arbeitslos gemeldet. Mit einer Arbeitslosenquote von 3,7 Prozent behauptet Bayern im Bundesländervergleich seinen Spitzenplatz und liegt sehr weit unter dem Bundesdurchschnitt von 6,0 Prozent. Bei einem historisch hohen Beschäftigungsstand in Bayern, besteht trotzdem mit rund 138.300 gemeldeten offenen Stellen weiterhin eine sehr hohe Arbeitskräftenachfrage. Gesucht werden vor allem Fachkräfte

Bayerns **Arbeitsministerin Ulrike Scharf** betont: „Das Bürgergeld verschärft völlig ohne Not den Fach- und Arbeitskräftemangel. Das Bürgergeld ist ein echter Hemmschuh bei der

Fachkräftesicherung! Dabei verfehlt das Bürgergeld das Ziel, Menschen möglichst rasch in Arbeit zu bringen. Insbesondere muss vorhandenes Vermögen wieder konsequent angerechnet werden, damit die Hilfe auf wirklich Bedürftige beschränkt bleibt. Wir brauchen kein bedingungsloses Grundeinkommen und sollten Schritte, die in diese Richtung führen, unterbinden. Es darf angesichts des Fachkräftemangels nicht sein, dass Arbeitslose Jobangebote ablehnen! Wir benötigen weitreichendere Sanktionen. Das Bürgergeld in seiner jetzigen Form ist ein verheerendes Signal an alle, die tagtäglich zur Arbeit gehen und damit das Bürgergeld für andere finanzieren. Die Balance zwischen existenzsichernder Hilfeleistung und berechtigten Interessen von Steuerzahlenden muss dringend wieder verbessert werden. Die Gelder müssen zielgerichtet und passgenau eingesetzt werden. Die bei der Betreuung so wichtigen Jobcenter müssen finanziell und personell besser ausgestattet werden.“